

## Der absolute Feind

# Antiamerikanische Leitmotive in außenpolitischen Debatten in der Neuen Rechten am Beispiel *Sezession*

---

Anselm Meyer

Im August 2016, wenige Monate vor der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl, fragte Benedikt Kaiser in einem Artikel in der *Sezession*, ob Donald Trump eine Alternative für Amerika sein könne.<sup>1</sup> Offensichtlich sah der Autor Parallelen zwischen dem politischen Potenzial Donald Trumps und der Alternative für Deutschland, die in den jeweiligen Ländern etablierten Parteien und politischen Diskurse von rechts zu destabilisieren, um sie schließlich in ihrem Sinne zu verschieben. Angesichts des strikten Antiamerikanismus in der *Sezession* mag es sich als verwunderlich ausnehmen, dass man sich dort für einen politischen Parvenü begeistern konnte, der seine Wahlkampagne unter dem Motto *Make America Great Again* führte. Dass diese Begeisterung aber durchaus eine nur logische Konsequenz aus dem im Milieu der *Sezession* lange gepflegten Antiamerikanismus und entsprechenden außenpolitischen Analysen ist, soll im Folgenden aufgezeigt werden. Seit dem ersten Erscheinen der Zeitschrift spielen diese Bestimmungen eine zentrale Rolle in der Art und Weise, wie man sich in Deutschland und Europa als Adepten der Konservativen Revolution politisch selbst versteht und verortet. In diesem Beitrag soll anhand einer kursorischen Lektüre der *Sezession* in Bezug auf die USA die Kontinuität und die Entwicklungen der dort eigenommenen Haltungen und transnationalen Selbstverortung nachgezeichnet werden.

Eine der wesentlichen Aufgaben, die sich die intellektuellen Zirkel und ihrer zugehörigen Periodika im Milieu der Neuen Rechten in Deutschland gestellt haben, ist es, unter dem Label der Konservativen Revolution wesentliche

---

1 Benedikt Kaiser, »Trump: Alternative für Amerika«, in: *Sezession*, Nr. 73, 2016, S. 8–11, hier: S. 8.

Inhalte rechter Politik so zu formulieren, dass sie nicht mehr ohne Weiteres mit dem Nationalsozialismus und dessen intellektuellen Wegbereitern identifiziert werden können. In der seit 2003 erscheinenden Zeitschrift *Sezession*, herausgegeben vom Institut für Staatspolitik (IfS), wird in diesem Sinne die rechte Weltanschauungsbildung und -pflege betrieben. Neben der Exegese kanonischer Autoren der sogenannten Konservativen Revolution, die ihr Erfinder, Armin Mohler, als unbelastete Referenzen empfohlen hat (Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck, Armin Mohlers Schriften selbst) und der Versuche, diesen Kanon stetig zu erweitern, wird auf Grundlage dieser Exegese auch das politische Tagesgeschehen kommentiert und interpretiert. Man kann den Textkorpus der *Sezession* auch als vor-politische Handreichung für die neu-rechte Szene verstehen.

Eine Frage, die beim Versuch, rechte bis rechtsradikale Inhalte in die demokratischen Diskurse hineinzutragen, eine besonders große Rolle spielt – gewissermaßen das Kerngeschäft rechter bzw. rechtsradikaler Politik betreffend –, ist die Entscheidung, wer und was das Fremde ist. Ist nachvollzogen, wer für die Neue Rechte den Feind darstellt, lässt sich eine genauere Aussage über das Selbstverständnis, die politischen Visionen und historischen Bezüge treffen, die in diesem Milieu vorherrschen. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, sich dieser Frage zuzuwenden, weswegen eine thematische Eingrenzung vorgenommen werden muss. Im Folgenden soll es um neu-rechte Leitlinien der Außenpolitik gehen. Das bietet sich insofern an, als dass der Staat im Sinne des »Primats der Außenpolitik« in Augen von neu-rechten Autoren in Bezug auf Carl Schmitt als einzig wirklicher politischer Akteur gilt. Der Name »Institut für Staatspolitik« gibt bereits Aufschluss über den Standort, von dem aus gedacht werden soll: einem zentralen Lenkungsorgan des deutschen Staates.

## Feindbestimmungen

»[...] das Beharren auf die unlösbare Bindung des Einzelnen an seine Ethnie und die daraus naturhaft resultierende Kulturform [...] bleibt von diesem Wandel jedenfalls unbeeinträchtigt.«<sup>2</sup>

---

2 Volker Weiß, *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017, S. 13.

Nachdem im Namen von »Rasse« die Shoah und weitere genozidale Verbrechen verübt worden sind, ist ein ungebrochen positiver Bezug auf biologischen Rassismus nicht mehr opportun, wenn es das Ziel ist, sich im demokratischen Diskurs zu etablieren, um ihn zu unterminieren. Für die Neue Rechte erscheint es notwendig, sich zumindest oberflächlich von den nationalsozialistischen Verbrechen und einem apologetischen Neonazismus abzugrenzen.

Die Definition des Fremden und des Feindes kann für Rechte allerdings nicht ausbleiben. In Rückgriff auf die Geopolitik und die dazugehörigen Großraumtheoreme, in denen eine naturgegebene Zwangsläufigkeit zwischen der geografischen Lage eines Staates und dessen politischen Handeln postuliert wird,<sup>3</sup> tritt an die Stelle des biologischen Rassismus im neurechten Denken seit den 1970er Jahren das Konzept des Ethnopluralismus. Bei diesem handelt es sich um die Vorstellung, dass jedes Volk (synonym mit Ethnie und Kultur) einen ihm angestammten geografischen Raum und nur diesen zu bewohnen habe. Dieses Konzept sollte den allzu offensichtlichen biologisch argumentierenden Rassismus ersetzen. Letztlich bleibt aber der Ethnopluralismus ein in ein neues Gewand gekleideter antiliberaler, antiuniversalistischer völkischer Essenzialismus. Dieses Denken, gepaart mit geopolitischen Analysen, prägt das außenpolitische Denken großer Teile des Milieus der Neuen Rechten. Dies soll anhand einiger beispielhaft ausgewählter Texte aus der *Sezession* im Folgenden dargelegt werden.

## Ein alter Feind unter neuen Vorzeichen

Mit dem Ende des Kalten Krieges brach auch für neurechte Vordenker ein Weltbild zusammen. Das Verschwinden der Sowjetunion bedeutete den Wegfall eines der zentralen Feindbilder überhaupt, welches konservative, rechte und rechtsradikale Politik verband. Ebenso verschwand eine bipolare, eindeutige geopolitische Weltordnung.<sup>4</sup>

Konnte man sich rechts der Mitte oft nicht darauf einigen, wie man zu den USA und zur Frage der Westbindung stand, war doch klar, dass die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten der unmittelbare politische Feind waren. Für

3 Frank Becker/Darius Harwardt/Michael Wala, »Einleitung«, in: dies. (Hg.), *Die Verortung der Bundesrepublik. Ideen und Symbole politischer Geographie nach 1945*, Bielefeld 2020, S. 7–12, hier: S. 7.

4 Ebd.

große Teile der Neuen Rechten, die sich nach 1945 unter dem von Armin Mohler um das Stichwort der Konservativen Revolution gruppierte, waren die USA jedoch ebenso der Feind und die westdeutsche Zugehörigkeit zum politischen Westen keineswegs eine positive Sache.<sup>5</sup> Deutschland läge geopolitisch zwischen Ost und West, und sei damit ein ›Reich der Mitte‹, prädestiniert für einen politischen ›Dritten Weg‹ zwischen Kapitalismus und Kommunismus. In dieser Hinsicht nahmen die Autoren der Konservativen Revolution keine umfangreichen Neuformulierungen gängiger radikal nationaler bzw. nationalsozialistischer Ideologeme vor. Auch den Bolschewismus betreffend waren die konservativen Revolutionäre nach wie vor der Ansicht, dass es sich bei ihm um nichts anderes als die radikalste Formation des Liberalismus und Humanismus handelte. In der Ordnung des Kalten Krieges galt Denkern wie Mohler die Sowjetunion zwar als Bedrohung, die aber stets militärisch einhegbar sei. Die Kraft, die die deutsche (europäische) Kultur und Gesellschaft wirklich bedrohe, sei die des »Amerikanismus«, über den vermittelt der Liberalismus in Deutschland eingefallen sei. Letzterer galt konservativen Denkern, auf die sich die Neue Rechte berufen, seit der Weimarer Republik als die alles zersetzende Kraft, da sie die Gesellschaft entpolitisiere, schwäche und so anfällig für äußere Bedrohungen mache.<sup>6</sup> Der Feind, der diese Ideologie verbreitete, verschwand nach 1990 nicht – ihn müsse man sich »schon selber von den Knochen, den eigenen Knochen waschen.«<sup>7</sup> Durch den Untergang der Sowjetunion und durch die europäische ›Wiedervereinigung‹ von Ost und West wurden lediglich die geopolitischen Karten neu gemischt. Die ideologische Ausgangslage blieb bestehen. Europa, so Mohler, müsse sich daher nun daran machen, den Krieg mit dem Liberalismus aufzunehmen, nachdem die »universelle Gleichheitsideologie [...] die marxistische Schlacht verloren« hat.<sup>8</sup> Die traditionelle Feindschaft der Neuen Rechten, in eindeutiger Traditionslinie mit

5 Dies gilt nicht für alle Akteure der Neuen Rechten, wie Darius Harwardt aufzeigt. Er weist darauf hin, dass in der das Milieu lange Zeit prägenden Zeitschrift *Criticón* es mit der Wahl Ronald Reagans zum Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Wandel im Verhältnis zu den USA gab. Durch Reagan, so erhoffte sich u.a. der Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing, würde es zu einer Revitalisierung des Konservatismus auch in Europa kommen. Siehe Darius Harwardt, »Von der liberalen zur konservativen ›Amerikanisierung‹ – eine Ideengeschichte«, in: Frank Becker/Darius Harwardt/Michael Wala (Hg.), *Die Verortung der Bundesrepublik*, S. 53–71.

6 Ebd., S. 70.

7 Armin Mohler, zitiert nach Volker Weiß, *Die autoritäre Revolte*, S. 217.

8 Ebd.

dem Nationalsozialismus, bestand also gegen den Liberalismus und nicht etwa gegen den Islam bzw. Islamismus. Dies setzte sich auch in der *Sezession* fort. Der Islam und Islamismus spielen im Weltbild des *Sezession*-Milieus mithin eine mindestens ambivalente Rolle,<sup>9</sup> aber so wie einst die Sowjetunion ist die »islamische Gefahr« nur eine Backe der Zange, die Europa einzwängen würde. Die andere Backe seien die Vereinigten Staaten, so der Carl-Schmitt-Herausgeber Günter Maschke.<sup>10</sup> Diese Art der Feindbestimmung geht auf Schmitt zurück, der die Frage nach der eigenen Identität an die Bestimmung des Feindes knüpfte und dabei einen »wirklichen« und einen »absoluten« Feind ausmachte.<sup>11</sup> Der Islam ist in dieser Aufteilung allenfalls ein unmittelbarer Feind, die USA, die »Amerikanisierung« und der Liberalismus hingegen der absolute, hinter allem stehende Feind. Dies kommt auch prominent in der Verschwörungstheorie vom »Großen Austausch« zum Tragen, in der hinter der sogenannten Flüchtlingskrise und der massenhaften Einwanderung von muslimischen Bürgerkriegsflüchtlingen nach Europa die USA bzw. »Globalisten« steckten, die damit die Zerstörung der deutschen, wahlweise auch europäischen Kultur verwirklichen wollten. Dem muslimischen Flüchtling kommt in dieser Verschwörungserzählung allenfalls die Rolle des »wirklichen« Feindes zu, nicht aber des »absoluten«.

Der Kampf gegen den Bolschewismus wurde von den Nationalsozialisten zu Europas gemeinsamem Abwehrkampf erklärt. Die Neue Rechte behielt diese kontinentale Perspektive der politischen Dimension des als westlich definierten Liberalismus nach dem Ende der Sowjetunion in der Fokussierung auf die USA bei. Europa sei dagegen eine eigene politische Sphäre, die sich die USA durch den Export ihrer Kultur bemächtigt und so zu ihrem politischen Protektorat gemacht hätten. Außenpolitisch galt daher Charles de Gaulle in seiner Skepsis gegenüber den USA vielen Konservativen als Vertreter eines unabhängigen (West-)Europas. Nicht zuletzt das Atomwaffenprogramm Frankreichs wurde als Zeichen der geopolitischen Gleichstellung und Unabhängigkeit von den USA gewertet.<sup>12</sup>

War der Mauerfall geopolitisch betrachtet das entscheidende Ereignis des späten 20. Jahrhunderts, können die Terroranschläge auf die USA vom 11. Sep-

9 Volker Weiß, *Die autoritäre Revolte*, S. 221f.

10 Günter Maschke, zitiert nach ebd., S. 219.

11 Siehe dazu Volker Weiß, *Die autoritäre Revolte*, S. 214.

12 Siehe Armin Mohler, *Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik, Angst vor der Geschichte, Angst vor der Macht*, Stuttgart 1966.

tember 2001 und die Reaktion der USA als entsprechend folgenreiches Ereignis für die Konstitution neuerechter Weltbilder gelten. Anders als von Francis Fukuyama prophezeit, endete die Geschichte nicht mit dem Untergang der Sowjetunion. Global bedeutsame Konflikte zwischen Weltanschauungen dominierten auch das junge 21. Jahrhundert.

Für einige Autoren der Neuen Rechten waren es aber nicht so sehr weltanschaulich-ideologische Fragen, die sich mit dem Auftreten des islamistischen Terrors stellten, sondern Fragen nach der geopolitischen (Neu-)Ordnung, die es angesichts des ›War on Terror‹ der USA zu diskutieren galt. Das Nein zum Irak-Krieg von Gerhard Schröder löste in Deutschland breite Zustimmung aus, weil dieser sich gegen die USA gestellt hatte. Selten konnte sich die deutsche Bevölkerung so sehr auf eine außenpolitische Regierungsentscheidung einigen. Auch in der *Sezession* witterten einige Autoren den Anbruch einer heroischen Epoche und die Renaissance des europäischen Großraumdenkens, der Kontinent sei in Gegnerschaft zu den Kriegszügen der USA geeint, unter deutscher Führung. Durch die Verweigerungshaltung nicht nur in Berlin und Paris, sondern auch in Moskau, sahen einige Konservative eine Chance, die Phantasie vom europäisch-russischen Großraum wieder zu beleben. Die Beschwörung der Achse Paris-Berlin-Moskau eröffnete in der zweiten Ausgabe der Zeitschrift im Sommer 2003 Eberhard Straub, Historiker und Journalist, der unter dem programmatischen Titel »Kontinentalblock Eurasien« darlegte, welches geopolitische Potenzial im Nein zum Irak-Krieg sich verwirklichen könnte.<sup>13</sup> Straub holte weit aus, um die Absage der deutschen Regierung an George W. Bush nicht als Antiamerikanismus dastehen zu lassen. Das Nein zum Irak-Krieg sei im Gegenteil der von amerikanischen Intellektuellen schon lange geforderte Vollzug der Emanzipation Europas von den USA.<sup>14</sup> In Bezug auf den US-Diplomaten und Historiker George F. Kennan führte Straub aus, es sei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Ziel der USA gewesen, Europa zur Selbstständigkeit zu erziehen, in dessen Angelegenheiten man sich nicht einmischen wollte. Der Kalte Krieg wurde bei Straub zu einem europäisch-russischen Konflikt zusammengedampft, in den die USA nur durch Europas Angst vor dem Bolschewismus tiefer hineingezogen worden seien. Straub interpretierte Kennans Haltungen zu dieser Konstellation so, als dass dieser die USA als einen »sorgfältigen Hegemon« agieren wissen wollte,

---

13 Eberhard Straub, »Kontinentalblock Eurasien«, in: *Sezession*, Nr. 2/2003, S. 8–13.

14 Ebd., S. 8.

der nur dann eingreift, wenn es gar nicht mehr anders möglich ist. Die Vorstellung von einem »sorgfältigen Hegemon« bzw. einem »ehrlichen Makler«<sup>15</sup> taucht in den Texten der Neuen Rechten über das Verhältnis von Europa zu den USA immer wieder auf. Die USA sollten nicht als »Weltpolizist« auftreten, sondern sich auf ihr Territorium beschränken. Straub führte aus, dass Kennan in seiner Beurteilung und Forderung an die Außenpolitik der USA eigentlich ein Schüler des Reichskanzlers Bismarck gewesen sei.<sup>16</sup> Auf Bismarck bezog sich Kennan angesichts der Blockkonfrontation, als er forderte, dass die USA in »vernünftiger Selbstbeschränkung« agieren und die Sowjetunion nicht provozieren sollten. Bismarck habe nach diesem Prinzip das Bündnissystem, in das sich das Deutsche Reich eingewoben hatte, aufgebaut. Laut Straub geschah dies, um Europa an das neue Großreich in seiner Mitte zu gewöhnen. Bismarck habe nach der Einsicht gehandelt, dass jede Großmacht ihre je eigene gottgegebene Interessensphäre hätte. Engagierte sie sich außerhalb dieser, würde sie die abzulehnende Machtpolitik betreiben und nicht die ihr zustehende, vermeintlich legitime Interessenpolitik. Bismarck wollte verhindern, dass die Großmächte durch das Führen von Kriegen »letzte Auskunft über ihr Prestige«, also ihre militärische Schlagkraft, erhielten.<sup>17</sup>

Straub liefert mit dieser Interpretation der Rolle Bismarcks und die Adaption des Reichskanzlers bei Kennan die Folie, vor der Konservative und Neue Rechte die global agierenden USA seit dem 11. September 2001 betrachteten und kritisierten. Die USA würden sich in der Bekämpfung des islamistischen Terrors außerhalb ihres Interessengebiets engagieren und sich über das Führen von Kriegen »Auskunft über ihr Prestige«, sprich ihre politische und militärische Macht, einholen. Sie sollten sich auf Kennan bzw. gleich auf den deutschen Reichskanzler Bismarck besinnen. Dadurch, dass Straub die Reaktion auf die islamistischen Terroranschläge als illegitime Machtpolitik interpretiert, also im Islamismus keine politische Bedrohung erkennt, weil dieser außenpolitisch nicht als staatlicher Akteur auftritt, wird an dieser Stelle ersichtlich.

Straub argumentiert weiter, dass Kennan versucht habe, das Auftreten der USA in der Welt so zu gestalten, dass es für die anderen Staaten akzeptabel sei.<sup>18</sup> Dies sei das eigentliche Anliegen der USA gewesen. Es wären die Eu-

---

15 Ebd.

16 Ebd., S. 9.

17 Ebd., S. 9.

18 Ebd.

ropäer und ihre Angst vor dem Sowjetkommunismus gewesen, die die USA dazu gezwungen hätten, immer wieder als Großmacht aufzutreten. Europa sei während des Kalten Krieges wohlhabend geworden und habe die Kosten seiner Sicherheit den USA aufgebürdet. Viele Jahre vor Donald Trumps Präsidentschaft und dessen Kritik an der einseitigen Verteilung der Kosten für das transatlantische Verteidigungsbündnis NATO taucht dieser Aspekt bereits im Weltbild der Neuen Rechten auf.

Der Sinn der NATO, so Straub, lag in ihrem Antikommunismus. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde das Bündnis und damit die Bindung Deutschlands an die USA hinfällig. Die Folgen des Zusammenbruchs der Sowjetunion, den Wladimir Putin die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts nannte,<sup>19</sup> sollten laut Straub folgende sein: Die USA müssten anerkennen, dass sie nur noch eine Stimme unter vielen in einer pluralistischen Welt seien, die nicht mehr der Dynamik zweier Großmächte und ihrer Einflussbereiche unterliegt. Straub bezieht sich hier auf den Historiker Paul Kennedy, der diese Entwicklungen in seinen Studien antizipiert habe. Laut Kennedy wären die USA wegen des militärischen ›Overspend‹ (zu hoher militärischer Ausgaben) im Kalten Krieg in dessen Folge gar nicht in der Lage, eine hegemoniale Position einzunehmen. Auch in den USA sei es nicht verstanden worden, dass das Land den Konflikt mit der Sowjetunion letztlich nicht gewonnen hätte, sondern die Sowjetunion aufgrund ihrer schlechteren wirtschaftlichen Lage verlieren musste. Das Selbstbild der USA sei es, so in der Rezeption Straubs, im politischen Weltgeschehen »die unentbehrliche Nation«<sup>20</sup> zu sein. Dies sei auch der Grund, warum die kleineren Nationen mit den USA zur einzig verbliebenen Supermacht »verschmelzen« wollen. Doch sei die Vorstellung, die USA würden den kleineren Nationen Schutz bieten, ein Irrglaube. Die Sowjetunion war die eigentliche Schutzmacht der Besiegten und Unterlegenen. Die USA würden sich nur um ihre eigenen Sicherheitsbedürfnisse kümmern, wie nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 deutlich geworden sei. Die USA traten nach 9/11 als das *Empire of Fear* auf. Sie seien die erste Großmacht, die ihren Herrschaftsanspruch auf Angst (vor dem islamistischen Terror) begründete. Die kurze Welle der Solidarität und des Mitgefühls, das die USA nach den beispiellosen Anschlägen kurzzeitig seitens der europäischen Nationen erfuhr, sei eine sentimentale Aufwallung gewesen. Der Floskel »Wir sind alle Amerikaner«, wie Straub die Haltung Europas zu den USA nach

19 <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/22931> (letzter Abruf: 01.02.2022).

20 Ebd., S. 10.

9/11 zusammenfasst, wurde schon bald kein Glauben mehr geschenkt. Europa müsse sich von den USA unabhängig machen. Der Kampf gegen den islamistischen Terror und seine Unterstützer seien lediglich eine vorgeschobene Begründung, hinter denen die USA ihre nationalen Interessen durchsetzen.

In der Abwendung von den USA und der dafür notwendigen Verdrängung des Islamismus als politischer Faktor ist letztlich das eigene Großmachtbestreben angelegt. Straub sieht in der europäischen und russischen Gegnerschaft zum Irakkrieg die Möglichkeit, endlich den historisch und geopolitisch angelegten ›eurasischen Großraum‹ als kontinentalen Machtblock zu etablieren. Europa im Bündnis mit Russland könne beziehungsweise müsse zu einem antiamerikanischen Gegenhegemon werden. Dabei gehe es nicht um die Schaffung einer Freihandelszone, sondern um die Vereinigung eines ›geistigen Raums‹. Straub ergeht sich dabei in der Phantasie einer ewigen europäisch-russischen Verbundenheit, in der der Bolschewismus nur eine Abweichung von einem ansonsten homogenen Streben gewesen sei. Um diese spezielle Interpretation der deutsch-russischen Geschichte aufrechtzuerhalten, ist es nur folgerichtig, dass Straub das »Unternehmen Barbarossa« und den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und seine Bürger in seinen historischen Herleitungen ausklammert. Die beschönigend-romantisierenden, um nicht zu sagen geschichtsklitternden Ausführungen Straubs, der Historiker ist, sind wesentlicher Bestandteil seiner antiamerikanischen Großraumphantasie. In schwärmerischem Ton, lange historischen Linien zeichnend, beschwört Straub neben der deutsch-russischen Verwandtschaft auch noch die deutsch-französische Einheit, die für ihn das »Kerneuropa« ausmacht. Er geht bis zu den Karolingern zurück,<sup>21</sup> um diese vermeintlich ewige Einheit zu begründen. Angesichts dieser gewählten Größenordnung kann Straub dann auch die deutsch-französischen Konflikte, die viele Jahrzehnte lang das »Kerneuropa« bestimmten und mit Kriegen überzogen, als bloßes Spiel »dynamische[r] Kräfte« bezeichnen.<sup>22</sup> Es gälte eine »tatsächliche Einheit« zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen, zu der Russland vom »Randeuropa« aus hinstoßen würde. Russland suche nämlich den Wiederanschluss an Europa. Für Europa sei Russland der »natürliche Verbündete«. Mit Europa könne Russland wieder zur Weltmacht werden. Straub scheint sich doch nicht so sehr das »Pluriversum«<sup>23</sup>

---

21 Ebd., S. 11.

22 Ebd., S. 13.

23 Ebd.

zu wünschen, in der die USA nur noch eine Nation unter vielen seien. Seine geopolitische Fiktion besteht aus einer neuen Blockordnung, nicht unähnlich des Kalten Krieges, allerdings mit Europa bzw. Deutschland als Führungsmacht eines ›eurasischen‹ Großraums, als Gegenspieler der USA. Offenkundig sind Straubs Phantasien von einer politisch-kulturellen Achse Paris-Berlin-Moskau geleitet von der Vorstellung, dass sich Europa oder ›Eurasien‹ mit den USA in einem Konflikt befände, und nicht mit einer dritten politisch auftretenden Macht, dem Islamismus. Für Straub waren nicht die Ereignisse vom 11. September 2001 der Beginn eines neuen Konfliktes, sondern dessen Folgen der Auftakt für die Wiederaufnahme eines alten, vermeintlich seit jeher bestehenden Ost-West-Konflikts, in dem für Europa (mit Rückendeckung aus Russland) die Möglichkeit bestünde, sich nun endgültig von den USA zu lösen, und zu »Handlungsfreiheit und Souveränität« zu gelangen.<sup>24</sup> Dieser bedürfe es, um in der Folge vom Ende der USA als Weltmacht in den »stets neu auszugleichen Rivalitäten«<sup>25</sup> zu bestehen. Das ist Grundlage und Utopie des Konservativen zugleich: stetiger Konflikt.

Während sich Straub angesichts des Irakkriegs in Großraumphantasien erging und durch seine äußerst großzügige Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts die historische Notwendigkeit eines politischen Bündnisses von Frankreich, Deutschland und Russland als »auszugleichende Rivalität« suggerierte, war sein Chefredakteur Götz Kubitschek schon auf dem Kriegspfad. Er forderte die deutsche Beteiligung an dem Krieg, auf Seiten des Iraks. Das müsste die Konsequenz aus Gerhard Schröders Ablehnung des Irakkrieges sein – die Aufstellung einer Interventionsarmee, die sich den USA in den Weg zu stellen hätte. Sonst wäre Schröders Haltung nur eine wertlose moralische Aufwallung gewesen.<sup>26</sup> Angesichts des Irakkrieges stellte sich die Frage nach der Rolle der Nation neu. Anders als Deutschland gäbe es in den USA einen positiven Bezug auf die Nation. Diese seien in der Lage, so Kubitschek neidisch, ein Unterfangen wie den Irakkrieg zu beginnen, da sie in ihrem nationalen Gedächtnis über »mächtige Erzählungen, Bilder und Botschaften« verfüge, die »dem Individuum den Tod für eine größere Sache vermitteln« könnten.<sup>27</sup> Kubitschek ist der Meinung, dass Schröder mit seiner Reaktion

---

24 Ebd.

25 Ebd.

26 Götz Kubitschek, »Habermas, Schröder und die Nation«, in: *Sezession* Nr. 2/2003, S. 52–53, hier: S. 52.

27 Ebd., S. 53.

auf den Irakkrieg die Frage der Nation gestellt habe, ohne die Möglichkeiten dieser Nation getestet zu haben. Bündnisse wie die EU seien nicht in der Lage, eine Geschlossenheit zu vermitteln, die notwendig für das Führen von Kriegen sei, denn das ist es, worauf die außenpolitische Analyse vorliegend von Kubitschek hinausläuft – der Wunsch nach Krieg, die Rückkehr der ›heroischen Epoche‹. Er verklausuliert es als »mobilisierende [Hervorhebung von mir, AM] Eindeutigkeit der Identität«, die wegführe von der »Überforderung«<sup>28</sup> komplexer suprastaatlicher Bündnisse. Diese Identität, die die USA besäßen, müsste sich in Deutschland nicht zuletzt in der Stellung *gegen* die USA herstellen.

Eberhard Straubs suggerierte Renaissance des Großraums unterscheidet sich von Kubitscheks offenem Bellizismus um jenen. Beide eint aber, dass sie im Irakkrieg eine Möglichkeit für die Schöpfung deutschen Selbstbewusstseins, die Erlangung staatlicher Souveränität, deren Existenz sie ständig in Abrede stellen, wittern. Diese Texte mögen auf den außenstehenden Lesenden schwärmerisch-verklärend oder plump-agitatorisch wirken, aber auf einer vor- bzw. metapolitischen Ebene sind sie ernst zu nehmen, denn sie geben Aufschluss darüber, welches die politischen Wunschvorstellungen der Neuen Rechten sind, die inzwischen ihre realpolitischen Möglichkeiten prägen. Wenn die AfD beispielsweise mit Abordnungen nach Moskau reist, um die ›deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern‹,<sup>29</sup> und damit den Autokraten Putin, dessen Destabilisierungskampagnen, sein Ausgreifen auf Georgien und die Ukraine als politischen Partner anerkennt, so ist dies kongruent mit der in der *Sezession* bereits seit Jahren diskutierten Notwendigkeit eines antiwestlichen Hegemonen, der sich im Zusammenschluss mit Russland konstituieren müsse.

Karl Heinz Weißmann, einstiger Weggefährte Kubitscheks und damaliger Chefredakteur bei der *Sezession*, kommt angesichts des Irakkrieges zu anderen Schlüssen.<sup>30</sup> Zwar nimmt auch er die Wiederkehr der Geopolitik infolge von 9/11 und des Irakkrieges wahr, die nach 1945 in Deutschland aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden sei. Der Grund dafür sei, dass der Natio-

---

28 Ebd.

29 o. A., »Alice Weidel reist mit AfD-Kollegen nach Moskau«, *zeit.de*, <https://www.zeit.de/politik/2021-03/afd-moskau-besuch-russland-alice-weidel-peter-bystron-robby-schl> und (letzter Abruf: 25.08.2022)

30 Karlheinz Weißmann, »Delikatesse gegenüber dem Hegemon«, in: *Sezession*, Nr. 2/2003, S. 14–19, hier: S. 14.

nalsozialismus den Begriff missbraucht habe, wenn Geopolitik doch einfach nur zu erkennen heiße, wie die Lage eines Staates im Raum dessen Schicksal bestimme. Der zweite Grund für dessen Verdrängung liege in der heterodoxen geografischen Position Deutschlands. Die von Konservativen immer wieder gestellte Frage lautet von daher: Gehört man geopolitisch zum Westen oder Osten? In Bezug auf den Geografen Halford Mackinder, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts u. a. seine Herzland-Theorie entwickelte, nach der die Erde in eine Weltinsel (Europa, Afrika, Asien), das Herzland, und einen Kranz (die Amerikas, Australien, Japan) aufgeteilt sei, geht auch Weismann davon aus, dass Europa und Russland eine geopolitische Einheit bildeten.<sup>31</sup> Europa sei dabei das globale *heartland*, um dessen Kontrolle es auch im Kalten Krieg gegangen sei. Weismann steht im Widerspruch zu Straub, da er nicht der Meinung ist, dass eine einheitliche politische Organisation des eurasischen Großraums möglich ist. Anders als Straub negiert Weismann die historischen Konflikte zwischen Deutschland (und damit Europa) und Russland nicht. Selbstverständlich würde er eine Annäherung zwischen den beiden Ländern begrüßen. So wenig wie er sich den Schwärmereien Straubs anschließt, so wenig folgt er Kubitschek in dessen Bellizismus. Im Vergleich zu seinen beiden Mitstreitern scheint Weismann in dieser Frage den realpolitischen Flgel bei der *Sezession* zu vertreten. Mittelfristig sieht er keine Alternative als die Anbindung an die USA und die Unterordnung unter diesen »sanften Hegemon«. <sup>32</sup> Auch sieht er Deutschland nicht als Protektorat oder Kolonie der USA, sondern bloß als Bündnispartner minderen Ranges. Weismann registriert an dieser Stelle immerhin realpolitische sowie historische Entwicklungen. Weismann kommt daher auch zu dem Schluss, dass die USA sich in Europa nicht imperialistisch ausagierten. Ihre Herrschaftstechnik sei vielmehr informell. Er beschreibt die USA und ihr Verhältnis zu Europa im Kalten Krieg und der NATO mit einem Beispiel aus der Geschichte, dem Attischen Bund: Nach dem Sieg über Persien bot Athen den anderen Poleis einen Handel an, in dem die Bundesgenossen Geld und Schiffe für die Bundesflotte abgaben und dafür unter Athens Schutz standen, aber auch letztlich in dessen Kampagnen eingebunden waren.<sup>33</sup> Bei

---

31 Ebd., S. 15. Für eine historische Einordnung von Mackinder und seinen Theorien siehe Magnus Brechtken, *Scharnierzeit 1895–1907. Persnlichkeitsnetze und internationale Politik in den deutsch-britisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg*, Mainz 2005.

32 Karlheinz Weismann, »Delikatesse gegenüber dem Hegemon«, S. 18.

33 Ebd.

allem politischen Realismus bietet Weißmann sehr suggestive historische Bilder auf, wenn es um die Einordnung gegenwärtiger Konstellationen geht. In der Druckausgabe der *Sezession* ist an dieser Stelle ein Bild von einem amerikanischen Flugzeugträgerverbund abgedruckt.

Angesichts der »heterodoxen« Situation Deutschlands, zwischen den zwei Großmächten Russland und den USA und ihren Einflussphären »eingeklemmt« und dabei selbst eine mächtige Industrienation mit ausgeprägten geopolitischen Interessen zu sein, kommt Weißmann zu dem Schluss, dass es für Deutschland nicht ratsam wäre, sich von den USA abzuwenden.<sup>34</sup> Dies würde zu noch weniger wünschenswerten Abhängigkeitsverhältnissen führen. Ob damit Putins Russland gemeint ist, lässt er an dieser Stelle offen.

Weißmanns geopolitische Analysen können als wesentlich realitätsinteressierter gewertet werden als die Phantasien eines Eberhard Straub oder die kriegerischen Wunschträume von Götz Kubitschek. Einige Jahre später, im Jahre 2008, bezeichnet Weißmann die Vorstellungen von Eurasien als »peinliche Aufwallungen«<sup>35</sup>. In diesem Artikel stellt er sich anhand der Besprechung einiger zeitgenössischer Bücher, die sich mit den geopolitischen Herausforderungen durch Russland und China an die USA befassen, die Frage, welche Rolle Europa in dieser »Neuen Weltordnung« noch spielt. In Bezug auf den Historiker Robert Kagan führt Weißmann aus, dass die USA dem Aufstieg Russlands und Chinas nichts entgegenzusetzen hätten.<sup>36</sup> Die USA würden dadurch ihren Status als hegemoniale Macht verlieren und seien in Zukunft nurmehr eine Stimme im internationalen Konzert der Mächte. Sie müssen sich mit der Rolle des »ehrliche[n] Makler[s]«<sup>37</sup> zufriedengeben, wenn sie als globale Macht weiterhin eine Rolle spielen wollten. Durch den Machtverlust der USA sei die Welt wieder »normal« geworden, wie Weißmann den ersten Satz aus Kagans Buch zitiert.<sup>38</sup> Normalität heißt für Kagan und Weißmann, dass die Geopolitik nun wieder durch die »unwandelbare Natur« des Menschen und die »endlose Konkurrenz der Nationen und Völker«<sup>39</sup> geprägt sei und nicht mehr durch transnationale Bündnissysteme bzw. der akzeptierten

34 Ebd., S. 19.

35 Karlheinz Weißmann, »Europa in der postamerikanischen Welt«, in: *Sezession*, Nr. 26/2008, S. 20–23, hier: S. 23.

36 Ebd., S. 22.

37 Ebd., S. 23.

38 Ebd., S. 23.

39 Karlheinz Weißmann, »Europa in der postamerikanischen Welt«, S. 23.

Vorherrschaft der Supermacht USA. Diese werde durch den ökonomischen Aufstieg Chinas und die Machtpolitik Putins in Frage gestellt.

Diese Vorstellung von Normalität stellt eine tragende Säule in der (neu)rechten Weltanschauung dar: Unter dem »Primat der Außenpolitik« (Carl Schmitt) bestimmen Konkurrenz und Krieg die menschliche Existenz. Das gibt ebenso Aufschluss über das Geschichtsbild der Neuen Rechten: Für sie ist Geschichte der ewige Kampf der im Staat organisierten Menschen gegeneinander. Das Diktum vom Ende der Geschichte (Francis Fukuyama), welches das gesellschaftstheoretische Denken der Jahrtausendwende beeinflusst, wird deswegen auch von Weißmann abgelehnt, wenn er zustimmend Zakaria wiedergibt.<sup>40</sup> Die Geschichte war und ist den konservativen wie neu-rechten »Zeitdeutern« (Dirk van Laak) eine Geschichte der Konkurrenz der Nationen. Es ist daher nur folgerichtig, wenn auch dem gängigen Bild von Neurechten widersprechend, dass Weißmann mit dem Umweg über Fareed Zakaria auch Samuel P. Huntingtons Diktum vom *Clash of Civilizations* ablehnt. Wie Weißmann auch sieht Zakaria nicht im Islamismus eine geopolitische Bedrohung, sondern im »Aufstieg des Restes«<sup>41</sup> der Welt. Der Nationalismus Russlands und Chinas seien die wesentlichen Bedrohungen. In diesen Auseinandersetzungen würde Europa global gesehen nur noch bis in die Mitte des 21. Jahrhunderts eine Rolle spielen. Die Einschätzungen Weißmanns bezüglich der Fragen, die sich die Neue Rechte stellt, stehen in einem bemerkenswerten Widerspruch zu den häufig martialisch anmutenden Einlassungen von Kubitschek. Man darf sich von dieser Tarnstrategie aber nicht täuschen lassen.<sup>42</sup> Auch er macht sich Sorgen um die Zukunft der »Weißen«, wie er über den Umweg eines anderen Autors deutlich macht: »Den Weißen werde so oder so die unangenehme Wahrheit vor Augen geführt, daß die »Größe« eines Staates tatsächlich mit seiner »Größe« – im Hinblick auf Fläche und Bevölkerung –

---

40 Ebd., S. 22.

41 Ebd.

42 Nicht zuletzt wegen Kubitscheks Stil hat Weißmann mit der *Sezession* gebrochen, was aber nicht bedeutet, dass er politisch gemäßigter wäre. Sein Schreib- und Argumentationsstil setzt sich von der faschistischen Ästhetik sowie den allzu offenen Huldigungen des Krieges ab. Hinzu kommt, dass er in seinen Beiträgen in der *Sezession* wesentliche Inhalte anderer Autoren paraphrasierend wiedergibt. Bisweilen erscheint Weißmanns Schreibstil in der *Sezession* wie eine Tarnaktion.

zusammenhänge.«<sup>43</sup> Fareed Zakaria kommt in seinen Überlegungen zur post-amerikanischen Weltordnung zu diesem Schluss.<sup>44</sup>

Obwohl Weißmann durchaus von der Existenz geopolitischer Großräume ausgeht, wie sich an seiner Rezeption von Mackinder zeigt, steht er konkreten Plänen zur politischen Organisation dieser Räume in dieser Richtung skeptisch gegenüber. In dem Artikel kritisiert er Alan Posener, dass er für seine Vorstellung von einem europäischen Reich, das er sich in seinem Buch *Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss*<sup>45</sup> ausmalt, in den für die Machtpolitiker der Neuen Rechten elementaren, im dezisionistischen Stil gestellten Frage keine Antwort habe: »Wer stellt das Reichsvolk? Wie ist der europäische Raum abzugrenzen? Welche Doktrin wäre ihm gemäß?«<sup>46</sup> Posener habe durch die Vermeidung der Beantwortung dieser konkreten Fragen ein weiteres »Wolkenkuckucksheim« bezüglich der Zukunft Europas ausgemalt.

Der politische Statusverlust der USA wird von Autoren wie Weißmann begrüßt, führt aber zu einem zentralen inneren Widerspruch. Vorgeblich wünschen sie sich eine Welt, in der die USA nur eine Stimme unter vielen sind. Diese Entwicklung wird als Multipolarität begrüßt, um in der Folge allerdings wie Straub eine »neue«, auf Bipolarität hinauslaufende Weltordnung zu skizzieren.<sup>47</sup>

Generell ist festzustellen, dass in der Beurteilung des Agierens der USA eine Aussage über das Selbstbild bzw. über die Selbsteinschätzung in Bezug auf die Lage und Rolle Deutschlands, wahlweise auch Europas in der Welt, enthalten ist. Beide gehören jedenfalls nicht in einen Bündniszusammenhang mit den USA, denn ansonsten würden sie einen Machtverlust der USA nicht gutheißen können. Deswegen ist auch der Islamismus für sie keine wirkliche Bedrohung, da sie sich nicht mit dem Westen bzw. den USA identifizieren. Demnach sollten Europa und Deutschland nicht in die Sphäre des von Amerika ausgehenden Liberalismus gehören. Die Interpretation der geopolitischen Lage der USA und Europas seit 9/11 und der folgenden Jahre gemäß der Gegnerschaft zum Liberalismus, die unter anderem im Antiamerikanismus ihren

43 Karlheinz Weißmann, »Europa in der postamerikanischen Welt«, S. 22.

44 Fareed Zakaria, *The Post-American World*, New York/London 2008.

45 Alan Posener, *Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss*, München 2007.

46 Karlheinz Weißmann, »Europa in der postamerikanischen Welt«, S. 22.

47 Frank Becker/Darius Harwardt/Michael Wala (Hg.), »Einleitung«, in: dies., *Die Verortung der Bundesrepublik. Ideen und Symbole politischer Geographie nach 1945*, Bielefeld 2020, S. 7–13, hier: S. 7.

Ausdruck findet, wird dominiert von dem Wunsch, dass die USA sich auf ihr Territorium zurückziehen mögen. Es ist deswegen auch kein Wunder, dass Donald Trump und sein America-First-Slogan im Milieu um die *Sezession* gelobt wurde. Ähnlich wie in *Criticón* in Bezug auf Ronald Reagan sah man in Trump den guten Amerikaner. Benedikt Kaiser stellte im August 2016 die Frage, ob Trump eine »Alternative für Amerika« sein könne.<sup>48</sup> In seinem Beitrag brachte der Autor sein Verhältnis – und vermutlich das der Redaktion – zu den USA in wenigen Sätzen auf den Punkt. Ganz nach dem Leitmotiv ausgegeben »Primat der Außenpolitik« stellte sich Kaiser damals die Frage, ob Trump dem »Ziel einer multipolaren Weltordnung dienlich sein wird«, und ist der Meinung, dass aus »souveränistischer Perspektive« Trump im Vergleich zu Hillary Clinton das kleinere Übel darstellen würde. Diese sei eine »nach *Interventionen* dürstende westliche Universalistin [Hervorhebung von mir, AM].« Trump hingegen »verkörpert einstweilen die minimale Hoffnung, der endgültig zuschnappenden »Amerikanisierungsfalle« (Michael Wiesberg) zu entkommen.«<sup>49</sup> Die America-First-Parole bedeute ein Ende des »kostspieligen interventionistischen Prinzips«, so die Hoffnung Kaisers.<sup>50</sup> Allerdings fragt er skeptisch, ob Trump nach einem eventuellen Gesunden der amerikanischen Wirtschaft »den falschen Gesängen des Globalismus« widerstehen könne und den eingeschlagenen außenpolitischen Kurs beibehalten würde.<sup>51</sup> Was oben anhand des Textes von Eberhard Straub bezüglich des zweiten Irakkriegs herausgearbeitet wurde, nämlich die Hoffnung auf eine reduzierte Rolle der USA im weltpolitischen Geschehen, erfährt durch Trumps Wahl im neuerechten Milieu Aufwind: Trump wolle einen besseren Atomdeal mit dem Iran, lediglich als ehrlicher Makler zwischen Israel und den Palästinensern auftreten und keine kostspielige Intervention in Syrien. Putin hingegen sei ein interessanter, starker Mann, was man bei der *Sezession* auch so sieht. Auch die bisherige Konstellation der NATO stünde unter Trump zur Disposition. Laut Kaiser wäre Trump der Ansicht, dass man diese auch auflösen könnte.<sup>52</sup> Trump ist für die *Sezession* und auch für die AfD durch diese außenpolitischen Ansichten

---

48 Benedikt Kaiser, »Trump: Alternative für Amerika«, in: *Sezession*, Nr. 73/2016, S. 8.

49 Ebd., S. 11.

50 Ebd.

51 Ebd.

52 Benedikt Kaiser, »Trump: Alternative für Amerika«, S. 9.

der ideale Präsident, weil er einen Bruch mit Leitlinien der amerikanischen Politik, nämlich dem »Menschenrechtsimperialismus« darstelle.<sup>53</sup>

Kaiser schafft es sogar, die Widersprüchlichkeit durch diese Position deutlich zu formulieren: »Es ist gewiss widersprüchlich, auf der einen Seite eine schwer kalkulierbare Person zu favorisieren, die »Amerika wieder groß machen« möchte, aber auf der anderen Seite der Idee eines substanziellen »Antiamerikanismus« treu zu bleiben, einer Idee, die aufgrund der geopolitischen Gesamtlage wieder an Bedeutung zunimmt. Doch diesen Antagonismus gilt es faute de mieux auszuhalten.«<sup>54</sup> Die Hoffnungen auf Trump, anti-amerikanische-amerikanische Politik zu machen, ist bei der *Sezession* also groß – so groß, dass man dem eigenen Antiamerikanismus zum Trotz sogar den Slogan *Make America Great Again* aushalten müsse.

Ob Trump denn Amerika wieder groß gemacht hätte, fragte sich Martin Lichtmesz in der *Sezession* vom April 2019. Der Autor hat seine Zweifel, da es der Präsident nicht geschafft hat, die Grenzmauer zu Mexiko zu bauen, um so die illegale Einwanderung zu stoppen.<sup>55</sup> Stattdessen wollte Trump sogar noch mehr Menschen als billige Arbeitskräfte in die USA einwandern lassen.<sup>56</sup> Auch das Versprechen, US-amerikanische Truppen aus Syrien abzuziehen, habe er nicht eingehalten – dafür aber zu Lichtmesz' Ärger, die Herrschaft Israels über die Golan-Höhen anzuerkennen. Fälschlicherweise nimmt Trump für sich in Anspruch, den Islamischen Staat zerschlagen zu haben, obwohl dies das Werk von Putin und Assad sei.<sup>57</sup> Ebenso erbost ist Lichtmesz darüber, dass sich die USA in Venezuela eingemischt haben.<sup>58</sup> Nicht weit her sei es daher mit *America First* als Revision, stattdessen träten die USA weiterhin imperialistisch auf. Angesichts der Haltung der Trump-Administration zu Israel, die keinen Bruch mit der traditionellen Unterstützung des jüdischen Staates durch die USA darstellt, steht für Lichtmesz die Glaubwürdigkeit des Vorhabens *Make America Great Again* gänzlich in Frage. Klassisch antisemitisch vermutet Lichtmesz hinter dem Präsidenten eine einflussreiche jüdische Lobby, personifiziert im Mil-

---

53 Ebd., S. 8.

54 Ebd.

55 Martin Lichtmesz, »Halbzeit für Trump«, in: *Sezession*, Nr. 89, 2019, S. 24–27, hier: S. 24.

56 Ebd., S. 26.

57 Ebd., S. 25.

58 Ebd., S. 25.

liardär und Trump-Unterstützer Sheldon Adelson, der proisraelischen Organisation AIPAC und seinem Schwiegersohn Jared Kushner.<sup>59</sup>

Insgesamt zeigt sich Lichtmesz über die Präsidentschaft Trumps enttäuscht, nicht zuletzt wegen seiner Haltung zu Israel, und fragt sich, ob dessen MAGA-Rhetorik nicht nur ein »cleveres Geschäftsmodell« war.<sup>60</sup> Offensichtlich hatte sich der neurechte Blogger erhofft, dass seine und die in der *Sezession* tradierten antiamerikanischen Vorstellungen durch Trumps Präsidentschaft in Erfüllung gingen und das Bündnis zwischen den USA und Israel gelockert würde. Trump stellte dann aber doch nicht den großen Umbruch dar, den Lichtmesz anscheinend in ihm gesehen hatte. Auch unter Trump brauchte die amerikanische Wirtschaft billige Arbeitskräfte, weswegen die Migrationspolitik doch nicht so rigoros ausfiel wie erhofft. Ebenso wenig hielten sich die USA aus Konflikten heraus oder brachen mit Israel. Im letzten Absatz von Lichtmesz' Kommentar wird ex negativo deutlich, was er sich von Trump versprochen hatte, wenn er schreibt: »Vielleicht hat er sich dem Druck der Kompromisse, des Deep State, der ›Sachzwänge‹ oder auch nur der Machtgier und diversen Einflüsterern gefügt.«<sup>61</sup> Trump erwies sich doch nicht als der autoritäre, kompromisslose Mann, der die ›Sümpfe‹ in Washington D.C. trockenlegen würde, den man sich in Schnellroda für die USA und damit letztlich für Deutschland und Europa gewünscht hatte. Wie bei spätestens Lichtmesz spätestens deutlich geworden ist, gehört zum Antiamerikanismus bzw. zur Ablehnung des Liberalismus aus neurechter Perspektive der Antisemitismus immer dazu. Wenn er von der Verschwörung einer proisraelischen Lobby spricht, gegen die Trump nicht angekommen sei, oder vom Deep State, der den Präsidenten bekämpfe, wird dies deutlich. Für Lichtmesz ist auch deswegen der Islam keine Bedrohung. Mehr noch, die Gegnerschaft zum Islam sei geradezu die Annahme einer »Surrogat-Identität« die zu liberalen Allgemeinheiten oder blindem »USA- und Israel-Partisanentum« führe.<sup>62</sup> Aus dieser Warte wird noch einmal deutlich, dass die Begeisterung der Antiamerikaner der *Sezession* für Trump letztlich eine Selbstenttarnung bezüglich ihres Antisemitismus ist.

Durften die USA bei Weißmann noch als »sanfter Hegemon« auftreten, so lässt sich im Laufe der Jahre eine Art von Radikalisierung in der transnationa-

---

59 Ebd., S. 27.

60 Ebd.

61 Ebd.

62 Martin Lichtmesz, zitiert nach Volker Weiß, *Die autoritäre Revolte*, S. 222.

len Positionsfindung konstatieren. Die USA sollen nach Kaiser und Lichtmesz global am besten überhaupt nicht mehr in Erscheinung treten.

Die Unterstützung beziehungsweise die Hoffnung auf Trump und seinen angekündigten Bruch mit der bisherigen Außenpolitik der USA als Exekutor ›antiamerikanischer‹ Politik ist ein Ausdruck davon. Trump erfüllte in zweifacher Hinsicht die antiliberalen Haltung der Neuen Rechten. Zum einen konnte man im neurechten Milieu die Rhetorik des damaligen Präsidenten, die sich in Angriffen auf die demokratischen Institutionen erging und sich damit unverblümt an die antiliberalen Kräfte in den USA wandte, einiges abgewinnen, und zum anderen hoffte man, dass sich durch den angekündigten Rückzug der USA aus dem Weltgeschehen seitens Trump, als *man on the inside* im Herzen der Macht des ›absoluten Feindes‹ final der Einfluss der USA im Sinne der ›Amerikanisierung‹ in Deutschland und Europa zurückgehen werde, und der Einfluss der USA seit dem Sieg der Alliierten von 1945 über den Nationalsozialismus, der an zwei Fronten gegen die ›Goldene Internationale‹ des Liberalismus, hinter dem für den NS das Judentum steckte, in Europa rückgängig gemacht werden könnte. Wie sich gezeigt hat, führen die Autoren der Neuen Rechten in der *Sezession* diesen Kampf fort.

## Literatur

- o. A., »Alice Weidel reist mit AfD-Kollegen nach Moskau«, *zeit.de*, <https://www.zeit.de/politik/2021-03/afd-moskau-besuch-russland-alice-weidel-peter-bystron-robby-schlund> (letzter Abruf: 25.08.2022)
- Becker, Frank/Harwardt, Darius/Wala, Michael, »Einleitung«, in: dies. (Hg.), *Die Verortung der Bundesrepublik. Ideen und Symbole politischer Geographie nach 1945*, Bielefeld 2020.
- Brechtken, Magnus, *Scharmierzeit 1895–1907. Persönlichkeitsnetze und internationale Politik in den deutsch-britisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg*, Mainz 2005.
- Kaiser, Benedikt, »Trump: Alternative für Amerika«, in: *Sezession*, Nr. 73, 2016, S. 8–11.
- Kubitschek, Götz, »Habermas, Schröder und die Nation«, in: *Sezession* Nr. 2/2003, S. 52–53.
- Lichtmesz, Martin, »Halbzeit für Trump«, in: *Sezession*, Nr. 89, 2019, S. 24–27.
- Mohler, Armin, *Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik, Angst vor der Geschichte, Angst vor der Macht*, Stuttgart 1966.

- Posener, Alan, *Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss*, München 2007.
- Straub, Eberhard, »Kontinentalblock Eurasien«, in: *Sezession*, Nr. 2/2003, S. 8–13.
- Weiß, Volker, *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017.
- Weißmann, Karlheinz. »Delikatesse gegenüber dem Hegemon«, in: *Sezession*, Nr. 2/2003, S. 14–19.
- Weißmann, Karlheinz »Europa in der postamerikanischen Welt«, in: *Sezession*, Nr. 26/2008, S. 20–23.
- Zakaria, Fareed, *The Post-American World*, New York/London 2008.